

Ulrich Pfeiffer (Hrsg.)

# Eine neosoziale Zukunft

BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION  
WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEO  
RIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN  
PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDER  
ALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMU  
NIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLI  
TISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES  
SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE  
BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLI  
TISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE  
MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE  
GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTS  
STAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDES  
TAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAH  
LEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE  
PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Ulrich Pfeiffer (Hrsg.)

Eine neosoziale Zukunft

Ulrich Pfeiffer (Hrsg.)

# Eine neosoziale Zukunft



**VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2010

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe  
Springer Science+Business Media.

[www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Ten Brink, Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-17043-5

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers	7
Einleitung des Herausgebers	11
Ein inhaltlicher Überblick	25
I. Zur Krise und Zukunft der Demokratie <i>Robert Leicht</i>	31
II. Sozialstaat und Wirtschaftsentwicklung <i>Ulrich Pfeiffer</i>	47
III. Sicherheit und Anerkennung – Der Sozialstaat an den Grenzen der Umverteilung <i>Walfried Dettling</i>	62
IV. Die Finanzierung des Sozialstaats bei alternder Bevölkerung <i>Axel Börsch-Supan</i>	73
V. Gesundheitssystem: Modell Schweiz – Vorbild oder Irrweg? <i>Heik Afheldt</i>	87
VI. Ein anderer Fiskus <i>Thilo Sarrazin</i>	98
VII. Soziale Verantwortung am Arbeitsmarkt <i>Hilmar Schneider</i>	119
VIII. Wohnungspolitik: Unstillbarer Subventionshunger, regulierte Angebotsentwicklung <i>Reiner Braun</i>	137

---

IX.	Familienpolitik – weniger Ungleichheit, mehr Geburten <i>Ulrich Pfeiffer</i>	150
X.	Junge Menschen im Abseits <i>Christian Pfeiffer</i>	168
XI.	Eine gute Schule <i>Gisela SchulteBraucks-Burgkart</i>	180
XII.	Klimapolitik: Auf der Suche nach globaler Wirksamkeit <i>Harald Simons</i>	192
XIII.	Für die Stadt von morgen – Kommune 2030 <i>Rolf Böhme</i>	206
XIV.	Demokratische Mehrheiten für neosoziale Politik – wie man die Paradoxie des Politischen dafür nutzen könnte <i>Volker Riegger</i>	221
	Verzeichnis der Autoren	235
	Schlagwortregister	239

---

## Vorwort des Herausgebers

Warum gerade jetzt, warum trotz allem, warum das Soziale und warum die Solidarität? Die Antwort ist einfach: Wir haben seit mehreren Jahrzehnten einen politischen Problemstau hingenommen, der Dämme zum Brechen bringen kann oder sie auch einfach überflutet. Doch wir sollten nicht schon wieder Krisen als große Lehrmeister und Einpeitscher für Reformen über uns bestimmen lassen. Die akute Wirtschaftskrise, die uns über Monate in Atem hielt, demonstrierte das mit irritierender Eindringlichkeit: Gigantische verdrängte Risiken endeten in einem Überrumpelungscrash, der uns wachrüttelte. Die gewohnten Wirtschaftsabläufe gerieten aus dem Tritt. Die weltweite Verdrängung hatte einen hohen Preis.

Leider sind auch Wahlen und Wahlkämpfe, wie der Sommer 2009 vorgeführt hat, nicht das aufrüttelnde und aufklärende politische Großereignis, bei dem Grundfragen unseres Zusammenlebens und unsere Zukunftsperspektiven zum Thema werden. Meinungen lassen sich leider vorübergehend manipulieren. Wahlen können auch durch Ausblenden und neue Verdrängung gewonnen werden. Doch fast jede verdrängte Realität kehrt auf die politische Tagesordnung zurück und wird sich Aufmerksamkeit holen oder sogar erzwingen. Dazu gehören: die Alterung der Bevölkerung, die trotz Teilerfolgen noch immer virulente strukturelle Arbeitslosigkeit, die unzureichenden Ergebnisse eines ineffektiven Bildungssystems, die soziale Ungleichheit, die Aushöhlung kommunaler Zuständigkeiten, die Vergeudung einer latenten Bereitschaft vieler Bürger zu lokalem Engagement, die Integrationsbarrieren besonders für muslimische Einwanderer, die Finanzierungs- und Effektivitätsprobleme des Gesundheitssystems und die Bedrohungen durch den Klimawandel. Härten entstehen auch durch die jetzt aufgehäuften krisenbedingten Schuldenberge, die eine neue Haushaltsdisziplin und das Ende sozialpolitischer Großzügigkeiten erzwingen werden.

Mit der Bewältigung dieser Realitäten – trotz begrenzter Auflösungsfähigkeit und begrenzter Kapazitäten in der öffentlichen Diskussion – befassen sich unsere Texte unter einer neosozialen Perspektive. Demokratie und Märkte haben einen Wert an sich. Dennoch gibt es Marktversagen und Demokratieversagen. Wir sind skeptisch gegenüber vielen Erscheinungsformen des alten zu bürokratischen und in weiten Teilen zu wenig effektiven Sozial- und Bildungsstaats. Das

Soziale mit effektiveren staatlichen Strategien bei weniger „Herumverteilung“ und „Lobbykratie“ sowie bei größerer Nähe zu den Bürgern und ihren Interessen zu sichern, ist die eine Aufgabe. Wir sind aber genauso skeptisch gegenüber vielen eher Schaden stiftenden Regulierungen von Märkten. Weniger Ungleichheit auch durch besser organisierte Märkte ist möglich. Daraus entsteht die zweite Aufgabe: effektivere Märkte mit sozialeren Ergebnissen zu schaffen. Selbst in Teilen des Staatssektors (Nutzung von Straßen, Universitäten) sind „Quasimärkte“ möglich und sinnvoll. Die Politik muss von der Sorge wirklich umgetrieben werden, dass die Belastbarkeit der Einkommen und eine Gleichheitspolitik als Umverteilungspolitik Grenzen erreicht haben. Die Politik sollte gleichzeitig von dem Ziel wirklich angetrieben werden, Arbeit wie in früheren Perioden auf allen Qualifikationsstufen wieder knapp zu machen, damit weniger Ungleichheit entsteht.

Unter allen Bedingungen müssen die nicht gewollten Rückwirkungen staatlicher Strategien – auf Menschen und Märkte – von der Politik genauso wichtig genommen werden wie die intendierten Hauptwirkungen. So gehen die zu geringen Geburtenzahlen auch auf verzerrende sozialstaatliche Absicherungen zurück. Die Hartz-IV-Reformen haben die Relevanz solcher Positionen durch rückläufige Arbeitslosigkeit noch vor der Krise demonstriert. Angesichts einer Welle Erfolg versprechender Reformen am Arbeitsmarkt bleiben die kümmerlichen Aufstiegschancen von Kindern der Unterschichten eines der größten Gerechtigkeitsdefizite unserer Gesellschaft. Gleichheit und Effektivität steigernde Reformen des Bildungssystems stehen erst am Anfang. Dabei gibt es auch in Deutschland jetzt schon nicht wenige Schulen, die demonstrieren, dass Schulergebnisse unabhängig sein können vom Bildungsstand und Einkommen der Eltern. Mehr Nachahmung der guten Beispiele im eigenen Land in einem „Social Franchising“ ist möglich.

Auch die Welt der vielfältigen international erfolgreichen sozialen Experimente können wir weit besser als Steinbruch der Ideen und als Anregung zum Nachahmen nutzen. Wir müssen regelrechte Reformexpeditionen für ein Wachstum der viel zu engen deutschen Reformgrenzen starten. Gerade kleinere Länder haben sich trotz Globalisierung durch große Politik erfolgreich erneuert. Auch Deutschland kann wieder viel besser werden.

Solche Erwartungen und Erfahrungen haben uns trotz skeptischer Kosten-Nutzen-Analyse gegenüber dem eigenen Schreiben motiviert, diese Aufsatzsammlung zu publizieren. Wir wissen: Das „Weiter-so“ verstärkt den Problemstau. Lösungen werden unweigerlich teurer. Wir erleben seit Jahren, wie die Versäumnisse der Vergangenheit zu den politischen Handschellen der Gegen-



wart werden. Gerade jetzt bringt die Krise eine gigantische Verschwendung von knappen Ressourcen, die wir dringlich für wichtigere unmittelbare oder absehbare Zwecke benötigen – so die Klimaveränderung und die Aufwendungen aus den Pensionierungswellen der Babyboomgeneration in 15 Jahren.

Alle, die weder neoliberalen noch neomarxistischen Einfachkonzepten anhängen, wissen, dass es für komplexe Aufgaben keine Patentrezepte gibt. Unsere in Einzelfällen auch kontroversen Kapitel enthalten Anregungen, sind aber kein integriertes, flächendeckendes oder gemeinsames Programm, das wir als Autorengruppe vorlegen. Wir kennen uns fast alle aus unterschiedlichen Zusammenhängen seit Jahren und wissen, dass wir von gemeinsamen Grundpositionen starten. Jeder Autor stellt gestützt auf seine Erfahrungen für „seinen“ Bereich eine Position dar, hinter der Jahre, oft Jahrzehnte, eigener ökonomisch-politischer Erfahrungen stehen. Wir sind nicht an Interessengruppen gebunden. Wir vertreten unsere jeweils eigenen z. T. kontroversen Wertungen. Wir hoffen auf kritische Leser, die sich angeregt fühlen, in neosozialer Perspektive zu denken. Das „Soziale“ und die „Solidarität“ sind gefährdet. Deshalb braucht die Politik dringend einen neosozialen Impuls.

Als Herausgeber bedanke ich mich bei allen Autoren für das Mitmachen trotz hoher Arbeitsbelastung und für die Geduld bei den inhaltlichen Diskussionen und technischen Anpassungen. Für die Konzeptionsdiskussionen im Vorfeld möchte ich mich besonders bedanken bei Warnfried Dettling, Volker Riegger, Gert Keil, Tilman Fichter und Martin Hüfner.

Natürlich habe ich die Mühen der Herausgeberschaft unterschätzt. Ich hätte sie nicht bewältigen können, wenn nicht vor allem die unermüdliche Tanja Reitz, unterstützt vom Berliner empirica-Sekretariat, insbesondere von Claudia Sander, und Benjamin Otto viel Zeit geopfert hätten, um Daten zu beschaffen, Quellen zu prüfen, Mahnmails zu versenden und Korrekturlesungen hinter sich zu bringen. Ich hoffe, wir haben das gemeinsam für alle Beteiligten befriedigend bewältigt. Der Erfolg hängt wie immer nicht vom Arbeitsinput, sondern von der Qualität der Ergebnisse und natürlich auch von Zufällen ab. Wir werden sehen. Sicher ist schon jetzt die menschliche und intellektuelle Bereicherung.

---

# Einleitung des Herausgebers

## 1 Nach der Krise

Wirtschaftsordnungen sind nicht zeitlos wie physikalische Gesetze, denn Wirtschaftsordnungen werden politisch getragen und tagtäglich neu ausgefüllt. Sie können aber auch ausgehöhlt werden. Reformen und Renaissancen gegen Lähmungen oder Krisenschocks gehören zu ihrer Entwicklung. Die gegenwärtige Ausnahmekrise wurde nicht wie gewohnt hervorgerufen durch massive Disparitäten und Verwerfungen in der realen Produktionsstruktur. Seit dem Zweiten Weltkrieg war es gelungen, die Zyklen der Beschäftigung und des Bruttosozialprodukts zu dämpfen. Die großen Krisen – 1873 oder 1929 – erschienen wie Alpträume aus einer ökonomischen Voraufklärung. Seit den 1990er Jahren verstärkten sich jedoch in einem Gegentrend die Finanzkrisen. Allerdings wurden die Aktienkrise 1987, die Japankrise 1990, die „Savings&Loans-Krise“ 1989 und die Asienkrise 1997 als eher punktuelle Ereignisse rasch verdrängt und vergessen. Die Welt konnte sich in neoliberaler Marktgläubigkeit nicht zu einer Strategie der Risikominderung auf den Finanzmärkten aufraffen. Theoretische Konstrukte wie die Theorie der „rationalen Erwartungen“ oder die Hypothese „effizienter Finanzmärkte“ förderten einen von Interessen angefachten Glauben an die Selbstregulierungen von Kapitalmärkten. In einem säkularisierten Quasicalvinismus kam es zu einer Scheinrechtfertigung oder fast schon Heiligsprechung auch exorbitanter Einkommen als einem Tugendnachweis. Die großen Finanzplätze buhlten in fast schon zynischer Qualitätsminderungskonkurrenz der Regulierungen um die Gunst der immer mächtigeren Manager des Finanzkapitals. Gleichzeitig entstand eine neue Informationsasymmetrie zwischen Investoren und Kapitalmanagern, die immer größere Anteile der Kapitalrenditen auf sich zogen und dabei ihr überlegenes Wissen über komplexe Finanzprodukte ausnutzten. Extreme Fremdfinanzierungen, Zersplitterung der Verantwortung für zu hohe Risiken bei sinkender Transparenz und steigender Komplexität breiteten sich aus, bis es zum Crash kam. Im Zentrum stand die Immobilienkrise der USA, die zuallererst eine Regulierungskrise war. Wir mussten erleben, dass die Zentralbank Überhitzungen auf den Vermögensbestandsmärkten nicht so richtig ernst nahm. Gleich-

zeitig entstanden Schäden aus weichen Regulierungen, die den amerikanischen Hypothekenfinanzierern bei Leistungsstörungen aus sozialen Motiven den Zugriff nur auf das jeweils beliebene Objekt, doch nicht auf sonstiges Vermögen der Realkreditnehmer erlaubten. Das musste in einer ausgesprochenen Krisenbrutalität enden, weil zu viele Kredite überoptimistisch ohne ausreichende Sicherheiten gewährt wurden. Die ökonomische Vernunft und eine zur Beherrschung von Risiken zwingende Disziplin wurden untergraben.<sup>1</sup>

Inzwischen erlitten Millionen von Bürgern Verluste. Der Finanzsektor büßte große Teile seines Eigenkapitals ein. Die industriellen Gütermärkte lahmen. Die durch Preissteigerungen und mehr Transaktionen gewachsenen Volumina der Vermögensbestandsmärkte<sup>2</sup>, deren Zyklen nicht synchron mit den Zyklen des Bruttosozialprodukts verlaufen, erzeugen eigene destabilisierende „Überschwappeffekte“<sup>3</sup> auf die Produktions- und Leistungswirtschaft. Auch diese Steuerungsaufgabe muss künftig bewältigt werden. Jetzt dominiert die Sorge um neues Vertrauen und die Stabilisierung der Nachfrage alle anderen Ziele. Die neuen unvermeidbaren Schuldenberge werden zu mehr Sparsamkeit und mehr Effektivität zwingen. Gleichzeitig werden Forderungen nach einer Stärkung des Sozialsystems oder nach einem New Deal gestellt. Nach der rapiden Talfahrt soll es im neuen Aufstieg sozialer und gerechter zugehen.

Sicher werden die Regeln, nach denen Spitzeneinkommen ermittelt werden, deutlich restriktiver. Doch der deutsche Sozialstaat hat, was seine Geltungsbereiche angeht, keine wesentlichen Defizite. So demonstrieren die wirklich leistungsstarken Regeln für Kurzarbeitergeld z.B., wie wirksam Krisenschocks zumindest zeitweise abgefedert werden können. Einen New Deal für neue sozialstaatliche

---

<sup>1</sup> Das wird allein daraus deutlich, dass in der Spitze ein mehr als 25 %iger Wertverfall nur in fünf US-Staaten eintrat (Kalifornien an der Spitze mit fast 50 %), in denen die Banken bei Zwangsversteigerungen nur auf das beliebene Objekt zurückgreifen können und nicht auf die Einkommen und sonstigen Vermögen (non recourse loans). Käufer werden besonders risikobereit, wenn sie nichts zu befürchten haben. In anderen Staaten blieben die Wertminderungen im Schnitt unter 10 % – typischerweise Staaten mit strengeren Beleihungsregeln. In sozialpopulistischen Staaten lebt man krisenanfälliger.

<sup>2</sup> In mehreren Ländern überschritt im Boom die Relation allein der Eigenheimvermögen zum BIP – vorher eher 100 % – die 200 %-Grenze.

<sup>3</sup> „The run-up in house prices has created more than \$5 trillion in real estate wealth compared with a scenario where prices follow their normal trend growth path. The wealth effect from house prices is conventionally estimated at five cents on the dollar, which means that annual consumption is approximately \$250 billion (2 percent of gross domestic product [GDP]) higher than it would be in the absence of the housing bubble“ (Stiglitz et al.: 2008: 289).

Handlungsfelder und zusätzliche Leistungen kann es dagegen nach unserer Auffassung nur in begrenzten Teilbereichen – so in der Familienpolitik, in der Bildungspolitik, bei Lohnergänzungsleistungen und bei einem Abbau ungerechtfertigter lobbykratischer Umverteilungen – geben. Die Floskel von den Chancen der Krise kann nur durch effektivitätssteigernde Reformen etwa des Arbeitsmarktes, des Wohnungsmarktes oder des Staatssektors zur Realität werden. Der staatliche Schuldendienst wird auf jeden Fall zur Rationalisierungspeitsche. Die Krise ist kein Reinigungsbad einer automatischen Wiedergeburt.

## 2 Vernachlässigte Einbettungen

Der Sozial- und Bildungsstaat – eine der großen politischen Erfindungen des 19. und 20. Jahrhunderts – wurde zu einem Fundament unseres Lebens. Fast ein Drittel der gesamten volkswirtschaftlichen Leistung – das entspricht rund 50 % des privaten Konsums – wird durch den Sozialstaat verteilt. Mit weiteren rund 6 % des Bruttoinlandsprodukt (BIP) finanziert der Staat Forschung und Bildung. Allein wegen dieser Größe entsteht politisch die Neigung, hier ein abgetrenntes autonomes Handlungsfeld zu sehen. Das ist in Grenzen richtig, doch alle wesentlichen Elemente der Lebensökonomie und des Lebenszyklus werden durch diese Politikfelder beeinflusst: Art und Dauer von Bildung und Ausbildung, Alter der Eltern bei Geburt eines Kindes, Kinderzahl, Erwerbstätigkeit von Müttern und Erwerbsquote insgesamt, Arbeitsbereitschaft, das Ausmaß der Lohnspreizung, Lohnniveau, Spar- und Risikobereitschaft, Zahl der Krankheitstage pro Jahr, Lebenserwartung, Vermögensbildung, insbesondere Wohneigentumsbildung, Lebensarbeitszeit, Erwerbsaustritt oder Rentenbeginn. Die Auflistung verdeutlicht: Jede Sozialstaats- und Bildungsleistung verändert wirtschaftliches Verhalten und Verhalten in der Gesellschaft. Oft überwuchern die nicht intendierten ökonomischen und gesellschaftlichen Nebenwirkungen die sozial- und bildungspolitisch erwünschten Hauptwirkungen. Dies deutlich zu machen, ist ein Zweck unserer Texte. So verringern Sozialstaatszahlungen Leistungsanreize bei den Begünstigten und den Belasteten. Regulierungen wie hohe Mindestlöhne können Marktfunktionen verschlechtern, aber – wenn auch sehr begrenzt – auch schützen. Die Absicherungen können die Akzeptanz des Strukturwandels erhöhen. Über die direkten Schutzeffekte hinaus entsteht jedoch durch Einbettung in die

Märkte ein ungeplanter ökonomischer Preis.<sup>4</sup> Der Sozial- und Bildungsstaat ist auch eingebettet in die Zivilgesellschaft. In Teilen wurden durch seine Wirkungen auch gesellschaftliche Grundlagen fragiler – so durch Kinderlosigkeit, rückläufige informelle Hilfen in den Familien oder Mangel an Nachbarschaftshilfe. Die Allgegenwart staatlicher Hilfen hat dies eher verstärkt. Nicht nur auf den Kapitalmärkten gibt es ein Crowding-out.

### 3 Soziale Marktwirtschaft

Neosoziale Konzepte müssen soziale Marktwirtschaft als Erfolgskonzept auf die heutige Welt weiterdenken und neu interpretieren. Dabei hat das Konzept der sozialen Marktwirtschaft heute eher schon den Status einer Ziviltheologie, die vor allem dazu dient, die Abwehr von Härten zu begründen. So hatte sich bis zur Agenda 2010 eine deutliche Beliebtheit beim Verteilen von sozialen Wohltaten eingeschlichen und lebt jetzt wieder auf. Das Konzept „Soziale Marktwirtschaft“ war von Anfang an „sperrig und sehr vieldeutig“ (Borchardt 1981: 34). Borchardt sieht darin einmal eine „kritische Theorie und Praxis“, besonders wichtig: „Wachstum soll gegenüber dem Ziel der gerechten Verteilung Priorität haben. Die institutionelle Empfehlung lautete: Vertraut dem Markt und der freien Preisbildung (...). Doch achtet darauf, daß der Staat ihm zugewachsene oder neu zuzuordnende Verantwortlichkeiten auch ernster nimmt als früher“ (ebd.: 35). Das Konzept empfiehlt eine Balance. Der Staat sollte soziale Sicherheit gewährleisten, seine Rolle in klassischen Aufgabenbereichen von Bildung bis Infrastruktur präzise und eindeutig erfüllen und dabei auch einen wirksamen wachstums- und beschäftigungsfördernden Wettbewerb rechtlich und institutionell absichern. Dabei wurde dem Wettbewerb in der sozialen Marktwirtschaft – nach vorangegangenen ordnungspolitischen Beliebigkeiten – auch eine sozialere Funktion zugeschrieben als heute. Das Verständnis dafür ist drastisch gesunken. Erhard

---

<sup>4</sup> Die Zahl der niedrig qualifizierten Erwerbstätigen wurde durch ein unzureichendes Bildungssystem und eine ungesteuerte Einwanderung weit über alle Absorptionsfähigkeit der Arbeitsmärkte erhöht. Viele Marktlöhne für einfache Arbeit ermöglichen deshalb kein Existenzminimum. Es kommt zu einer großen Zahl von kombinierten Einkommen (Lohneinkommen plus Hartz-IV-Zuzahlungen), deren Ausgestaltung auf die Arbeitsanreize, z.B. durch die Grenzbelastungen, erhebliche Bedeutung hat. Diese Entwicklung wird von links als Versagen des Kapitalismus interpretiert, obwohl ungesteuerte Einwanderung und unzureichende Bildung Ergebnisse politischen Versagens waren.

schrrieb 1957: „Das erfolgsversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen“ (Erhard 1957: 7f). So sollte „die *alte konservative soziale Struktur endgültig*“ überwunden werden (ebd.: 7). Euckens „Staatliche Planung der Formen – ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses – nein.“ (Eucken 2001: 77) spitzte das in der Gründerzeit der sozialen Marktwirtschaft besonders einflussreiche ordoliberalen Credo zu und ist bis heute als grundlegende Orientierung gültig.

Zusammen mit der Wirtschaftsordnung der Schweiz war die deutsche soziale Marktwirtschaft nach dem Krieg die wettbewerbsfreundlichste oder auch marktwirtschaftlich erfolgreichste Wirtschaftsverfassung Europas. Wirksamer Wettbewerb machte Arbeit im Wachstum knapp und dämpfte im marktwirtschaftlichen Prozess die Einkommensungleichheit.<sup>5</sup> An diese Erfolge wollen wir mit unseren neosozialen Vorschlägen anknüpfen.

## 4 Abgrenzungen und Kritik konkurrierender Konzepte

### 4.1 Von der sozialen Marktwirtschaft des Wettbewerbs zur Übermacht der sozial gemeinten Marktinterventionen

Die soziale Marktwirtschaft nach dem Krieg war zuerst Wettbewerbswirtschaft. Das Soziale sollte – weniger als heute – durch direkte Interventionen in die Märkte oder staatliche Umverteilung erreicht werden. Der Staat sollte Wettbewerb so gestalten, dass die Wettbewerbsergebnisse selbst sozialer wurden. Oberstes Ziel: Arbeit aller Qualifikationsstufen musste knapp werden, was auch gelang. Diese delikate Balance, zu der auch das Zusammenspiel von Schule, Berufsbildung, Arbeitsmarkt und später auch Einwanderung gehörte, ging in den 1970er Jahren verloren.

Als Sicherung des Sozialen wurden mehr und mehr direkte staatliche Interventionen eingesetzt. Politisch unterstützte oder herbeigeführte Arbeitszeitver-

---

<sup>5</sup> Krelle ermittelte für 1960, dass nur 1,7 % der privaten Haushalte 70 % des Eigentums an gewerblichen Unternehmen besaßen. Eine gleich starke Konzentration berechnete Siebke für 1966. 1,7 % der privaten Haushalte besaßen 74 % des Eigentums an gewerblichen Unternehmen.

kürzungen erschienen nicht mehr als Ergebnis gestiegenen Wohlstands, zu dem auch mehr Freizeit gehörte. Kürzere (Lebens-) Arbeitszeiten sollten das Arbeitsangebot an eine als gegeben betrachtete Nachfrage anpassen. Arbeit galt als politische Verfügungsmasse, die besser zu „verteilen“ war. Verschärfter Kündigungsschutz sollte Schrumpfungsprozesse sozial verträglicher machen. Normen wie „kein Abbau von Arbeitsplätzen in Gewinnunternehmen, keine Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland“ sollten Härten vermeiden. Nebenwirkungen wurden ausgeblendet. Wettbewerb erhielt eine andere Rolle und geriet später, als seine Regulierungen in verschiedenen Bereichen versagten oder aus ideologischen Motiven abgelehnt wurden, immer häufiger in Misskredit.

Die soziale Marktwirtschaft heute bietet deshalb ein verwirrendes Bild. Zum Vorteil für die Bürger entstand – oft unter dem Einfluss der EU – in Teilen ein sehr ausgeprägter, für die Kunden erfolgreicher und in den Wirkungen auch sozialer Wettbewerb (Einzelhandel, Telekommunikation, Transportsektor, mehr preiswerte gleichheitsschaffende Importgüter).<sup>6</sup> Daneben steht die Erfahrung neuer Ungleichheit durch überwiegend politisch verursachte Unterausbildung, die Arbeitslosigkeit förderte. Aus dem Ruder liefen auch auf verzerrten Märkten Einkommen von Spitzenmanagern.

Verdrängt wurde unsere alte Erfahrung: Arbeit entsteht aus qualifizierter Arbeit und wird durch einen Wettbewerb, der neue Arbeitsmöglichkeiten schafft, wieder knapper. Verdrängt wurde das Wissen: Solange Güter und Leistungen knapp sind, bleibt auch Arbeit unbezweifelbar knapp, was leider nicht bedeutet, dass diese Knappheit sich automatisch in eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen zu den jeweils politisch oder gewerkschaftlich definierten Konditionen umsetzt. Als neues Manipulationsinstrument, das die zu geringe Knappheit von Arbeit nicht verändert, sollen flächendeckende Mindestlöhne eingeführt werden. Aus dem gleichen Denken werden Rentenkürzungen ausgeschlossen. Solche in den Ergebnissen unsolidarischen Vorstellungen verlassen das Konzept der sozialen Marktwirtschaft für eine herbeimanipulierte, nicht nachhaltige Sozialverträglichkeit durch Scheinlösungen.<sup>7</sup> In der SPD ist das Vertrauen in die auch soziale

---

<sup>6</sup> Fast schon geheiligte Subventionen wie die Eigenheimzulage laufen endlich aus. Die Entfernungspauschale lebt allerdings zäh weiter. In Teilen hat sich Marktsteuerung ausgebreitet – so in der Telekommunikation, am Wohnungsmarkt, im Transportsystem vor allem bei Flugreisen. Der Wettbewerb im Einzelhandel ist nicht nur durch die Lockerung des Ladenschlusses wirksamer geworden. Selbst in der Alterssicherung wächst ein Element der privaten Vorsorge durch das Riesterparen.

<sup>7</sup> Verwerfungen der vielfach ausgehöhlten sozialen Marktwirtschaft entstehen: im Geburtenverhalten, in der Alterung mit ihren Finanzierungsfolgen, bei der unzureichenden